

Die Illusion Frühfranzösisch

Nach dem Interview mit Daniel Elmiger («Die mehrsprachige Schweiz droht Folklore zu werden», NZZ 27.6.26) bleibt vor allem eines hängen: Die Schweiz hält am Frühfranzösisch fest wie an einem alten Familienerbstück, das niemand mehr braucht, das man aber aus Pietät nicht wegwerfen darf. Elmiger stellt trocken fest, dass die Lernziele «nur gut zur Hälfte» erreicht werden. In der Schweizer Bildungspolitik reagiert man pragmatischer: Man feiert das Glas als halb voll und beschliesst einfach, noch mehr Wasser hineinzuschütten. Wenn etwas nicht funktioniert, muss man es schliesslich gesetzlich verpflichtend machen.

Während die Realität im Klassenzimmer eher nach «Bonjour, je m'appelle Chaos» aussieht, wird das Frühfranzösisch nun im Sprachengesetz verankert. Noch schöner wird es beim Thema Lehrermangel. Elmiger spricht von Kantonen, die beim Sprachniveau der Lehrpersonen «schummeln». Ein Land, das stolz auf seine Präzision ist, akzeptiert in den Schulen eine Praxis, die man in der Uhrenindustrie als handfesten Skandal bezeichnen würde. Aber beim Frühfranzösisch gilt offenbar: Hauptsache, die Kulisse der nationalen Einigkeit steht.

Und die Kosten? Die sind wie immer kein Problem, solange sie das Budget der Allgemeinheit belasten. Die Schweiz investiert Millionen in ein Fach, das im Alltag längst durch Englisch ersetzt wurde. Wenn die Landessprachen nur noch für die 1.-August-Rede hervorgeholt werden, droht die Mehrsprachigkeit zur Folklore zu werden.

Vielleicht wäre es an der Zeit, die Illusion zu beenden. Nicht das Frühfranzösisch hält die Schweiz zusammen, sondern der Wille zur Verständigung, und der lässt sich weder per Lehrplan noch per Gesetz verordnen. Sonst bleibt das Frühfranzösisch das, was es heute schon ist: ein pädagogisches Edelweiss – hübsch, symbolisch und völlig nutzlos.

Cäcilia Gmür, Einsiedeln

Zu Unrecht verunglimpft der Linguist Daniel Elmiger viele Sprachlehrerinnen und -lehrer, wohl vor allem jene der Volksschule, wenn er ihnen ein gleichsam lustloses Vermitteln von Sprachen unterstellt, indem er behauptet, diese Pädagogen seien «innerlich ausgebrannt» («Die mehrsprachige Schweiz droht Folklore zu werden», NZZ 27.6.26). Zeitigen die Bemühungen der Lehrenden für einen bildungswirksamen Deutsch- und Französischunterricht nicht den gewünschten Erfolg, liegen jedoch manche Gründe dafür ganz woanders.

Leider sind Elmigers Ausführungen in dieser Hinsicht vielfach un-scharf oder finden gar keine Erwähnung. Als beliebte Jugendsprache – und nicht nur dort! – belegt Englisch nun einmal unangefochten den ersten Platz und beherrscht zunehmend unseren Alltag. Die Herausforderungen einer weitgehend gescheiterten Total-

integration aller Lernenden in Regelklassen wirken sich auf einen bildungswirksamen Unterricht erschwerend aus, und schliesslich belastet die kaum abebbende Kaskade von Reformen unser Schulsystem nach wie vor.

Als hilfreich namentlich für lernschwächere Kinder erweist sich deshalb im schweizweit geführten Sprachendiskurs nicht eine akademisch angelegte Auslegeordnung, sondern eine klare Vorgabe bei den Lehrplänen in jedem einzelnen Kanton. Somit darf auch logisch gefolgt werden, dass diesseits der Saane das Französisch an die Oberstufe gehört und selbiges beim Deutsch für die Romandie gilt.

Max Knöpfel, Pfäffikon (ZH)

Subventionen auf Zeit

Subventionen sollten eigentlich eine Hilfestellung sein, um unverschuldete Kalamitäten zu überbrücken («Der helvetische Basar der Subventionen», NZZ 27.6.26). Sonst wirken sie wie Drogen, die den Abhängigen (Subventionsempfänger) und den Dealer (Subventionsgeber) abhängig machen – den einen nach mehr Stoff, den andern nach mehr Macht und Einfluss.

Um dieses veritable Problem unseres Staatshaushalts wirksam zu bekämpfen, gibt es nur ein rigoroses Entzugsprogramm. Subventionen werden nur noch befristet gesprochen. Ein neuer Antrag auf Subventionszahlungen ist stichhaltig zu begründen und muss zwingend ein Programm enthalten, wie man sich langfristig aus der selbstverschuldeten Abhängigkeit befreien will.

An den SBB kann vereinfacht aufgezeigt werden, was gemeint ist: Sie zeigen auf, wie hoch die effektiven Kosten der nachgefragten Leistungen liegen und wie man schrittweise die Preise in diese Richtung bewegt; und sie zeigen auf, wo Kapazitätsbereithaltungskosten anfallen, die aus gesellschaftspolitischer Sicht gerechtfertigt sind (Leistungen in Randgebieten, zu Randzeiten usw.) Kann sich die Politik aus ihrer Rolle als Dealer lösen?

Bernhard Zweifel, Erlinsbach (SO)

Wahlkampf auf Kosten der Landschaft

Die FDP entdeckt die Wohnungskrise für den bevorstehenden Wahlkampf 2027 und greift zu einem ordnungspolitisch untauglichen Rezept: Neue Bauzonen auf der grünen Wiese sollen das Problem lösen, bemessen an der Leerwohnungsziffer («Freisinnige fordern «Eigentumspakt»», NZZ 29.6.26).

Ein solcher Automatismus würde exakt die urbanen Zentren und die Agglomerationen der Städte Zürich, Basel oder Genf treffen, welche ohnehin die Hauptlast der Zuwanderung tragen. Damit verabschiedet sich die FDP von der staatspolitischen Vernunft einer geordneten, langfristigen Raumplanung.

Im Kanton Zürich steuert die Richtplanung das Wachstum über die bewährte 80/20-Regel konsequent in die bereits urbanisierten Räume, um die Zersiedelung zu stoppen und Kulturland effizient zu schützen. Wer diesen Mechanismus austarierten Steuerungsmechanismus nun über den Haufen wirft, erklärt die verfassungsrechtlich verankerte Innenentwicklung de facto für tot.

Dass die bauliche Verdichtung in der Praxis an einer Flut von Einsprachen, lähmend langen Verfahren und lokalem Widerstand krankt, ist unbestritten. Doch diese Hürden sind nun einmal Ausdruck legitimer Mitspracherechte in unserer direkten Demokratie. Das Kernproblem der Verfahrensdauer löst man nicht, indem man kapituliert und stattdessen den raumplanerischen Weg des geringsten Widerstands wählt. Neue Bauzonen schaffen keinen bezahlbaren Wohnraum, sondern stimulieren lediglich die ungebremste Zuwanderung und treiben die Zubetonierung des Landes voran.

Den Schutz der Schweizer Landschaft zugunsten kurzfristiger wahlpolitischer Manöver zu opfern, widerspricht dem Geist des Raumplanungsgesetzes fundamental. Das kann und darf nicht das Ziel bürgerlicher Politik sein.

Ernst Winkler, Schwerzenbach

«KI verschleiert Mittelmass»

Ohne den kritischen Kommentar (NZZ 24.6.26) zu den nicht zu unterschätzenden negativen Folgen der KI infrage zu stellen, hier eine ergänzende Bemerkung zur beruflichen Kompetenz: Die Qualität einer fachlichen Expertise hängt bekanntlich nicht nur von der Sichtbarkeit der intellektuellen Brillanz ab. Arroganz, Besserwisseri und Mangel an emotionaler Intelligenz können auch – mit oder ohne KI – dazu führen, dass geistige Überflieger trotz echtem akademischem Leistungsausweis sich selbst ins Stolpern bringen und dadurch verhindern, dass ihr Potenzial voll genutzt werden kann.

Ulrich Egger, Widen

An unsere Leserschaft

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 247. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Ivo Mijnsen (mij.), Carola Etenreich (cet.), Barnaby Skinner (bsk).

Tagessleitung: Ivo Mijnsen (mij.), Samuel Burgener (sbr.), Jacqueline Lipp (lp).

International: Benedict Neff (bn.), Andreas Rüesch (A. R.), Marco Kaufmann Bossart (kam.), Nikolaus Nussliager (nn.), Simon Hebli (hhs.), Dominique Burckhardt (dbu.), Katrin Büchenbacher (k. b.), Jonas Roth (jon.), Isabelle Jacobi (ija.), Anne Allmeling (all.), Daniel Rickenbacher (dr.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mm.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Tobias Gafater (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.), Sebastian Briellmann (sb.), Renato Schatz (atz.), Laura Sibold (sla.).

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Katharina Fontana (fon.), Matthias Venetz (etz.), Selina Berner (sia.).

Westschweiz: Matthias Sander (msa.).

Zürich: Daniel Fritzsche (df.), Zeno Geisseler (zge.), Fabian Baumgartner (fb.), Nina Belz (nbe.), Katja Baigiger (bai.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Jan Hudoc (jhu.), Claudia Rey (clr.), Michael von Ledebur (mvl.), Isabel Heusser (heu.), Giorgio Scherrer

(sg.), Tobias Marti (tma.), Marius Huber (hub.), Francesca Prader (fpr.), Andrea Marti (aam.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Lorenz Honegger (lho.), Guido Schätti (gs.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Michael Rasch (ra.), Andrea Martel Fus (am.), Matthias Benz (mbe.), Michael Ferber (feb.), Benjamin Triebe (bet.), Dominik Feldgus (df.), Eflamm Mordrelle (EM), Isabelle Wächter (wai.), Moritz Kaufmann (mkf.), Jürg Meier (mju.), Markus Städeli (sta.), Albert Steck (sal.), Jürg Zulliger (jz.), Janique Weder (wej.), Beatrice Bösiger (boe.), Thomas Schlittler (tsc.), Malin Hunziker (hum.), Elena Oberholzer (obe.).

NZZ Pro: Peter A. Fischer (pfi.) – Chefökonom und Co-Leitung NZZ Pro, Peter Räsöny (pra.) – Co-Leitung NZZ Pro und Geopolitics, Georg Häslar (geo.), Leon Igel (igi.), Lukas Mäder (mdr.), Ulrich Speck (usp.), Catherine Bosley (cbs.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Patrick Imhasly (pim.), Stephanie Lahrtz (slz.), Herbert Schmidt (hdt.), Ruth Fultner (ful.), Gioia da Silva (gds.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Esther Widmann (wde.), Eva Mell (ev.), Martin Amrein (mma.), Anna Weber (wea.), Georg Rüschemeyer (rus.), Lena Walthe (lwt.), Leonid Leiva Ariosa (lea.), Michael Brendler (mbi.).

Feuilleton: Rico Bandle (rb.), Marc Tribelhorn (tri.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Lucien Scherner (lsc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Widthagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Rahel Zingg (zm.), Tobias Sedlmair (sem.).

Sport: Sebastian Bräuer (smb.), Remo Geisser (reg.), Christof Kraepf (krp.), Christine Steffen (can.), Stephan Ramming (ram.), Daniel Geremann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbc.), Stefan Osterhaus (so.), Eva Breitenstein (eva.), Benedikt Koller (bko.), Dominic Wirth (dow.), Brigitte Wenger (bwi.), Ines Häfliger (hin.).

Wachsende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schoop (sof.), Peter Ackermann (pam.).

Reporter: Andrea Spalinger (spl.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Bracher (brk.).

Nachrichten: Samuel Burgener (sbr.), Michele Coviello (cov.), Elena Panagiotidis (ela.), Kathrin Kiettle (kkt.), Dennis Hofmeyer (dho.), Felicitas Poppe (pop.), Tili Minder (tl.), Jacqueline Lipp (lp.), Corina Gall (cog.), Lia Pescatore (lia.), Philipp Gollmer (phg.), Max Sprick (max.), Kevin Weber (wek.), Lucia Grassi (glu.), Leonie Wagner (lwa.).

Salome Woerlen (woe.), Yasmin Müller (yas.), Lisa Aeschlimann (lea.), Viviane Bischoff (biv.), Inna Hartwich (inn.), Lilybelle Eisele (lyb.), Jana Schmid (jca.), Maurice Koepfli (mco.), Hannes Boos (boh.).

Video / Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Michelle Amstutz (mma.), Pascal Burkhard (bup.), Florentin Erb (erf.), Severin Pomsel (spo.), Raca Wita (raw.), Valentina Winkler (wiv.), Patrizia Widmer (wip.), Simon Kholmayer (sks.), Aline Syfrig (alp.), Oskar Kveton (osk.).

Format: Jörg Walch (jwa.), Nicole Krättli (krä.), Séverine Bruderer (brs.), Sophie Brunner (sop.), Roman Hodel (rho.), Luca Froelicher (luf.).

Podcast: Sarah Ziegler (zis.), Nadine Landert (lna.), David Vogel (dv.), Marlen Oehler (oeh.), Antonia Moser (ata.), Simon Schaffer (ssi.), Alice Grosjean (jea.).

Audience Management: Thierry Fignini (ffi.), Nicolas Fröhner (frm.).

Visuals & Editorial Tech: Markus Ikehata (sma.), Anja Lemcke (lea.), Jan Ludwig (lud.), Simon Tanner (tan.), Kaspar Manz (xeo.), Joana Kelén (jok.), Jasmine Rueegg (jmr.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsi.), Nicolas Staub (las.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Off (sh.), Eike Hoppmann (eik.), Simon Huwiler (shu.), Michel Graustück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Morn (jum.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Roland Shaw (sra.), Cian Jocham (cic.), Seda Motie (sed.), Sophia Kissling (ski.), Jessica Eberhart (ebj.), Jasmin Hegetschweiler (hja.), Ida Götz (ida.), Andrea Brühlmann (abr.).

Produktionsredaktion: Benno Matti (bem.), Caspar Hasse (csh.), Lucie Paška (pa.), Andreas Kopp (ako.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rol.), Bodo Lamparsky (la.), Philipp Hufschmid (phh.), Ilda Özalp (ilo.), Lisa Leonardy (lli.), Yves Tardent (tay.), Tanja von Arx (tva.), Marco Krüger (krm.), Christian Bürge (cbü.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steimann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grg.), Nicole Aeby (nae.), Martin Berz (brz.), Dario Veréb (dve.), Isabelle Herig (iba.), Maja Siebrecht (maj.), Simone Imhof (ims.), Stefan Günther (stg.).

Fotografen: Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Dominic Nahr (dna.).

Korrektorat: Natascia Fischer.

TRIBÜNE

Dienstpflicht – eine Benachteiligung der Schweizer

Gastkommentar

von BRUNO S. FREY

In der Schweiz müssen männliche Staatsbürger zwischen ihrem 18. und 30. Altersjahr eine Dienstpflicht erfüllen. Sie besteht aus der 18 Wochen dauernden Rekrutenschule und 6 Wiederholungskursen zu je 3 Wochen. Insgesamt geht es um rund 240 Diensttage.

Wer dienstunwillig oder dienstuntauglich ist, muss eine monetäre Ersatzabgabe leisten. Sie beträgt 3 Prozent des steuerbaren Einkommens, mindestens 400 Franken pro Jahr. Sie wird normalerweise zwischen dem 19. und dem abgeschlossenen 30. Altersjahr erhoben, also elf Jahre lang. Wer zum Beispiel jährlich 50 000 Franken verdient, muss jährlich 1500 Franken entrichten, insgesamt somit 16 000 Franken; wer 70 000 Franken pro Jahr verdient, muss 23 000 Franken entrichten.

In der Schweiz lebende Ausländer in den entsprechenden Altersjahren unterliegen nicht der schweizerischen Dienstpflicht. Sie besteht nach Artikel 59 der Bundesverfassung nur für Schweizer. Im Vergleich zu den Ausländern werden die jungen Schweizer Männer erheblich belastet. Dieser Unterschied ist relevant, weil etwa 50 Prozent der entsprechenden Altersgruppe Ausländer sind. Neben der rein zeitlichen Bürde kann die lange Absenz am Arbeitsplatz oder beim Studium die Karriereaussichten einschränken. Früher hatte die Dienstzeit eine vorwiegend positive Wirkung auf die Karriere, besonders wenn ein höherer militärischer Dienstgrad erreicht wurde. Viele Führungskräfte in Banken, Versicherungen oder an Universitäten waren Oberst der Schweizer Armee.

Mit dem gewachsenen Anteil von Ausländern in wirtschaftlichen und akademischen Führungspositionen hat sich die Situation geändert. Manche ausländische CEO und Verwaltungsratsmitglieder wissen die Dienstpflicht der jungen Schweizer nicht zu schätzen, ja kennen sie nicht einmal.

Die Benachteiligung der jungen Schweizer Männer lässt sich auf zwei verschiedene Arten überwinden. Zum einen könnten die männlichen Ausländer so wie ihre Schweizer Kollegen unter zu definierenden Bedingungen zum Dienst verpflichtet werden. Das hätte einen weiteren Vorteil, nämlich dass die Ausländer schneller in unsere Kultur und vor allem auch in das politische System integriert würden. Jeder, der Militärdienst geleistet hat, erinnert sich, wie in der Dienstzeit enge persönliche Beziehungen entstehen und damit die in der Schweiz geltenden gesellschaftlichen Institutionen und Regeln vermittelt werden. Wenn allzu viele Ausländer in die Armee eintreten würden – was jedoch kaum zu erwarten ist –, würde diese Integrationsleistung allerdings abgeschwächt werden. Die Festlegung eines Höchstanteils von Nichtschweizern in der Armee könnte das verhindern.

Zum anderen könnte man den männlichen Ausländern die gleiche zusätzliche Steuer auferlegen, welche die Schweizer entrichten müssen, die keinen Dienst tun, also 3 Prozent des steuerbaren Einkommens oder mindestens 400 Franken pro Jahr. Diese zusätzliche Steuerbelastung ist berechtigt, stellt sie doch eine Mitfinanzierung eines öffentlichen Gutes in Form der Verteidigungsbereitschaft im Lande dar.

Beide Massnahmen würden nicht nur dazu beitragen, das Problem der grossen Zuwanderung zu mildern, weil sie manchen potenziellen Einwanderer abschreckten. Sie würden auch die Akzeptanz der Zuwanderung erhöhen, weil sie gleich lange Spiesse zwischen Schweizern und Ausländern herstellen würden. Sie würden signalisieren, dass die bei uns lebenden Ausländer nicht nur die Vorteile der sicheren Schweiz geniessen, sondern auch dazu beitragen. Beide Vorschläge sind darüber hinaus leicht verständlich und einfacher durchzusetzen als etwa eine «Eintrittsgebühr» oder eine «Kurtaxe», die ebenfalls darauf gerichtet sind, den Zustrom von Ausländern zu mindern – sie können schlicht als ein Gebot der Fairness gegenüber Schweizern gelten und akzeptiert werden.

Bruno S. Frey ist em. Professor an der Universität Zürich, ständiger Gastprofessor der Universität Basel und Forschungsdirektor von Crema in Zürich.

KORRESPONDENTEN

Paris: Daniel Steinworth (DS). **London:** David Signer (da.). **Berlin:** Florian Eder (FE.), Morten Freidel (fret.), Oliver Maksan (oma.), Jonas Hermann (jsh.), Susann Kreuzmann (suk.), Beatrice Achterberg (bta.), Marco Seliger (mse.), Janik Bolser (jbb.), Nathan Gierzew (gjiw.), Anna Schiller (asch.), Malte Fischer (mf.), Len Sander (lsa.), Sebastian Lange (lgs.). **Frankfurt:** Cornelius Welp (wcl.). **Rom:** Luzi Bernet (lzb.). **Barcelona:** Florian Haupt (fhp.), Julia Macher (jma.). **Wien:** Meret Baumann (bam.). **Berlin/Warschau:** Volker Pabst (pab.). **Tallinn:** Linda Koponen (lkp.). **Brüssel:** Andrei Imwinkelried (imr.), Antonio Fumagalli (fum.). **Moskau:** Markus Ackert (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Nicole Anliker (ann.). **Beirut:** Daniel Böhm (dan.), Rewert Hoffer (rew.). **Tel Aviv:** Johannes C. Bockenheimer (JCB). **Bangkok:** Andreas Babst (abb.). **Mumbai:** Ulrich von Schwerin (uvs.). **Taipeh:** Patrick Zoll (paz.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Barbara Barkhausen (bkh.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** Andreas Schneider (sca.). **New York:** André Müller (amü.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mt.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clafina (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.).

NZZ Geschichte: Claudia Mäder (cmd.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Charlottenstrasse 42, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, www.nzz.ch.
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Services: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, leserbriefe@nzz.de, www.nzz.ch/faq.

Inserate: NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzzzone.ch, www.nzzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print: 998 Fr. (12 Monate), 90 Fr. (1 Monat).

NZZ E-Paper: 654 Fr. (12 Monate), 61 Fr. (1 Monat).

Kombi NZZ Fr. & Sa Print: 442 Fr. (12 Monate), 40 Fr. (1 Monat).

Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print: 676 € (12 Monate), 62 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich.

übrige Auslandpreise auf Anfrage.

Kombi NZZ & NZZSa Print: 1067 Fr. (12 Monate), 98 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ Us30: 10 Fr. (4 Wochen).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2026.

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2026.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion.

Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler